



BRIEF AUS BERLIN – NR. 23/2016

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Attentat in Istanbul
- + Konsequenzen aus Köln
- + Registrierung von Asylsuchenden
- + Beschlüsse Fraktionsklausur
- + Rede zu Meister-BAföG
- + Bezeichnung von Lebensmitteln
- + Kosten für Girokonten
- + Klausursitzung der AG-Bildung
- + Netzwerkabend mit Tim Renner
- + Praktikant Arne Harkensee
- + Ausschreibung Praktika

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst wünsche ich allen Leserinnen und Lesern noch ein gutes neues Jahr, vor allem Gesundheit. Leider haben uns die Ereignisse aus Köln in der Silvesternacht und Istanbul schneller als gewünscht mitten in den Alltag zurückgeholt. Deshalb ist es wichtig, dass wir entschieden auf diese Ereignisse reagieren und sowohl international den Kampf gegen den Terror unterstützen, aber auch vor Ort Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Weiterhin beschäftigte sich der Deutsche Bundestag in dieser Woche mit der verbesserten Bezeichnung von Lebensmitteln, der Transparenz und Vergleichbarkeit von Kosten und Entgelten von Girokonten sowie dem verbesserten Datenaustausch bei der Registrierung von Flüchtlingen. Ich selbst sprach im Plenum des Deutschen Bundestages zur Reform des Meister-BAföG.

Die SPD-Bundestagsfraktion beriet im Rahmen ihrer Klausursitzung Anfang Januar ihre politischen Schwerpunktsetzungen für dieses Jahr – ebenso die AG Bildung, in der ich als Bildungspolitiker mitwirke.

Im Netzwerk Berlin, dem ich als einer von zwei Sprechern vorstehe, hatten wir diese Woche Tim Renner, den Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin, zu Gast.

Und ich freue mich, seit dieser Woche Arne Harkensee als Praktikanten in meinem Berliner Büro begrüßen zu können. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch gerne noch einmal auf die Möglichkeit hinweisen, in meinen Büros in Berlin und Taunusstein Praktika absolvieren zu können.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus'.

Martin Rabanus, MdB

Gedenken an Opfer des Attentats in Istanbul



Der Bundestag hat zu Beginn seiner Plenarsitzungen der Opfer des Selbstmordanschlags von Istanbul gedacht. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert sprach den Angehörigen aller Opfer unsere Anteilnahme aus und erinnerte an die vielen zum Teil schwer Verletzten, von denen einige um ihr Leben kämpfen. Gleichzeitig sicherte er den Menschen und den Behörden in der Türkei unsere Unterstützung bei der Aufklärung der Hintergründe dieses feigen und brutalen Anschlags zu.

„Das lebendige, weltoffene und bei Touristen aus aller Welt beliebte Istanbul zum Angriffsziel zu wählen, folgt der Absicht, Angst in die Metropolen und Städte zu tragen“, betonte der Bundestagspräsident. „Den aufgezwungenen Kampf muss man entschlossen aufnehmen“.

Wir dürfen nicht aus Angst aufhören, unsere freiheitlichen Grundwerte auch zu leben. Als Demokraten müssen wir zusammenstehen und dem Terror die Stirn bieten.

Konsequenzen aus Köln: Handlungsfähiger, starker Staat



Egal, ob es um die widerwärtigen Angriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten oder die ausländerfeindlichen Attacken in Leipzig und andernorts geht, der Rechtsstaat muss mit aller Konsequenz klar stellen: In unserem Land gibt es keine rechtsfreien Räume! Alle, die hier leben, egal wo sie herkommen oder welche Nationalität sie haben, müssen sich an Recht und Gesetz halten, andernfalls müssen sie mit Konsequenzen rechnen. Justizminister Heiko Maas hat sich in der Debatte am Mittwoch im Bundestag sehr treffend geäußert:

„Erstens: Niemand darf sich in Deutschland über Recht und Gesetz stellen, und zwar völlig unabhängig davon, welchen Pass er hat oder ob er überhaupt einen Pass hat.

Zweitens: Für sexuelle Übergriffe auf Frauen gibt es keine Rechtfertigung und auch keine Entschuldigung. Auch ein möglicher kultureller Hintergrund entschuldigt nichts; ganz im Gegenteil: Er ist noch nicht einmal als Erklärung akzeptabel.

Drittens: Kriminelle müssen für ihre Taten konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Bei kriminellen Ausländern ist auch die Ausweisung eine solche Konsequenz.“

[Hier kann die gesamte Plenar-Debatte vom 13. 01. 2016, inklusive der Rede des Justizministers, nachverfolgt werden.](#)

Wo immer es möglich ist, müssen Täter aus dem Ausland schnell abgeschoben werden und gegebenenfalls ihre Strafe in ihren Heimatländern verbüßen. Wichtig ist aber auch, dass wir neben den 3.000 zusätzlichen Bundespolizisten, die die SPD durchgesetzt hat, noch mehr Personal, übrigens auch mit Migrationshintergrund, bei den Vollzugsbehörden brauchen! Dies gilt sowohl für die Bundespolizei als auch für die Landespolizei.

Und wir dürfen die Seite der Opfer nicht außer Acht lassen. Das Strafrecht muss wo nötig so geändert werden, sodass eine Anzeige wegen sexueller Belästigung oder Nötigung auch Aussicht auf Erfolg hat und die Täter konsequent verfolgt werden; übrigens egal, aus welchem Land sie kommen oder welcher Religion sie angehören. Diese Konsequenz sind wir nicht nur den Opfern der Silvesternacht schuldig, sondern es würde auch dem Schutz zukünftiger Opfer dienen. Darüber hinaus schützen wir damit auch unbescholtene Flüchtlinge, die es nicht verdient haben, mit Kriminellen in einen Topf geworfen zu werden.

Registrierung sicherstellen, verbessern und so Asylverfahren beschleunigen



Die Asylverfahren sind mit einer derzeit durchschnittlichen Dauer von knapp sechs Monaten zu lang. Wir haben diese Woche in zweiter und dritter Lesung über einen Gesetzentwurf beraten, der die Registrierung von Asyl- und Schutzsuchenden sowie den damit zusammenhängenden Datenaustausch verbessern soll.

So sollen beispielsweise die Daten von Asylsuchenden und unerlaubt Eingereisten direkt nach dem Erstkontakt in ein zentrales System gespeichert werden. Auf diese Weise können Mehrfachregistrierungen vermieden werden. Darüber hinaus soll allen öffentlichen Stellen, die für ihre Arbeit diese Daten benötigen, der Zugriff auf das System ermöglicht werden. Zusätzlich wird die Meldebescheinigung für Asylsuchende mit einem fälschungssicheren Element ausgestaltet. Dieser so genannte Ankunfts nachweis oder auch „Flüchtlingspass“ wird von den zuständigen Aufnahmeeinrichtungen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgestellt.

Das Deutsche Lebensmittelbuch muss reformiert werden



Energiewert	1848 kJ	441 kcal
Eiweiß	5,9 g	
Kohlenhydrate	58,2 g	
davon Zucker	29,3 g	
Fett	19,1 g	

Lebensmittelbezeichnungen werden in den Leitsätzen des Deutschen Lebensmittelbuchs (DLMB) beschrieben. Es existieren Leitsätze für gut 2.000 Bezeichnungen. Die Akzeptanz dieser Leitsätze ist in den letzten Jahren stark gesunken, da die Lebensmittelbezeichnungen immer öfter den Verbrauchererwartungen nicht entsprechen.

In dem diese Woche vorgestellten [Antrag fordern die Koalitionsfraktionen von SPD und Union](#) die Bundesregierung nun dazu auf, zeitnah Vorschläge zur Reform des DLMB vorzulegen. Ziel soll es dabei sein, die Akzeptanz der Verbraucherinnen und Verbraucher für die Leitsätze des DLMB zu erhöhen und gleichzeitig die bisher geltenden Leitsätze für Lebensmittel zu aktualisieren und weiter zu entwickeln. Dabei sollen künftig die Erkenntnisse aus dem [Internetportal www.lebensmittelklarheit.de](#) einfließen.

Dafür soll unter anderem die ehrenamtliche Arbeit der Kommissionsmitglieder des DLMB aufgewertet und die Kommission finanziell und personell besser ausgestattet werden.

Jahresauftakt der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin



Am 7. und 8. Januar fand in Berlin die Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion statt, bei der die Fraktion folgende Beschlüsse gefasst hat:

Beschlusspapier: „Öffentliche Sicherheit“

Rechte Hetze und Rechtsextremismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Genauso wenig dulden wir widerwärtige Angriffe auf Frauen, wie sie sich in Köln, Hamburg und anderswo zu Silvester abgespielt haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und ihren finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden. Daher setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für einen starken Staat ein, der vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen schützt. Polizei und Verfassungsschutz in Bund und Ländern müssen wir so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben auch wahrnehmen können. Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, fordern wir, bis 2019 insgesamt 12.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern zu schaffen. Im Bund wollen wir damit zusätzlich zu den bereits beschlossenen 3.000 Stellen weitere 3.000 Stellen für die Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt schaffen. Die Länder

ihrerseits aufgerufen, hier gleich zu ziehen und ebenfalls 6.000 zusätzliche Stellen zu schaffen.

Beschlusspapier: „Missbrauch bei Werkverträgen und Leiharbeit beenden – Klare Strukturen schaffen“

Gute Arbeit braucht klare Regeln. Nach Einführung des flächendeckenden Mindestlohns werden wir 2016 den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit gesetzlich eindämmen. Denn Leiharbeit und Werkverträge werden häufig genutzt, um Lohndumping durchzusetzen, Belegschaften zu spalten, Mitbestimmungsrechte zu beschneiden und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion müssen hier zukünftig klare und eindeutige Regeln gelten, um dies zu verhindern. Mit einem Positionspapier haben wir auf unserer Jahresauftaktklausur deutlich gemacht: Wir erwarten, dass die Union die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags mit uns eins zu eins umsetzt. Das bedeutet: Wer in einem Betrieb zusammen arbeitet, soll gleich verdienen und gleich behandelt werden. Deswegen soll künftig eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten eingeführt werden. Und nach spätestens neun Monaten sollen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter genauso viel verdienen wie die Stammbesellschaft. Ausnahmen können nur dort gemacht werden, wo durch einen Branchentarifvertrag der Schutz aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert ist.

Beschlusspapier: „Mehr Solidarität im Gesundheitswesen – GOÄ-Novelle verhindern und paritätische Finanzierung der GKV wiederherstellen“

Die Amtliche Gebührenordnung der Ärzte (GOÄ) sichert Ärztinnen und Ärzten erhebliche Einkommensvorteile bei der Behandlung privatversicherter Patientinnen und Patienten. Derzeit versucht die Ärzteschaft, eine Novellierung der GOÄ mit deutlich höheren Honoraren durchzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt dies ab. Denn dadurch würde das System der Zwei-Klassen-Medizin weiter zementiert. Wir wollen dagegen ein einheitliches Vergütungssystem unabhängig vom Versichertenstatus der Patientinnen und Patienten. Außerdem muss der Zusatzbeitrag, den gegenwärtig die Mitglieder allein tragen, gestrichen werden. Wir fordern die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung in der GKV – für eine gleiche und gerechte Beitragsbelastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Beschlusspapier: „PEPP muss endgültig weg: Für eine bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Menschen“

Der zunehmenden Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steht ein Mangel an Therapieplätzen gegenüber. Seit 2013 wird ein Konzept für ein pauschaliertes Entgeltsystem für stationäre Einrichtungen erprobt, das sogenannte PEPP-System (Pauschaliertes Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychotherapie), das sich an den Fallpauschalen in Krankenhäusern orientiert. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass dieses System keine bedarfsgerechte

te Versorgung psychisch kranker Menschen sicherstellt und vielmehr ökonomische Belange statt der Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt rückt. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt deshalb ein solches System strikt ab. Wir fordern stattdessen ein Vergütungssystem, das individuellen Anforderungen gerecht wird und den tatsächlichen Behandlungsaufwand honoriert.

Beschlusspapier: „Europa stärken – die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion weiterentwickeln“

Europa wird sich im 21. Jahrhundert nur in der Welt behaupten können, wenn es solidarisch zusammenhält und die Gemeinschaft weiter vertieft. Die Krisen in der Welt machen deutlich: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa. Wachstum und Wohlstand können nicht mehr national gedacht und organisiert werden. Wir sehen in einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur ein Instrument, um das wirtschaftliche Wachstum zu vergrößern, sondern auch die Chance, den sozialen Verwerfungen innerhalb der EU entgegen zu wirken. Die SPD-Bundestagsfraktion wird den Prozess der Vertiefung und Weiterentwicklung der Eurozone eng begleiten und mitgestalten.

Meister-BAföG-Reform: Starkes Signal für die berufliche Weiterbildung



In dieser Woche wurde der Gesetzentwurf des novellierten Meister-BAföG in 1. Lesung im Bundestag beraten. Dies war ein besonderer Tag für mich als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion für das Meister-BAföG. Denn nun mündet eine gut einjährige Vorbereitungsphase, in der viele relevante Akteure aus der Weiterbildung beteiligt und wichtige Inhalte mit dem Koalitionspartner verhandelt wurden. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in Deutschland.

Kern der Novelle sind die Anhebung des Zuschussanteils bei Unterhalts- und Maßnahmebeitrag, die Erhöhung der Zuschüsse für Prüfung und Meisterstück sowie die Erhöhung der Freibeträge. Dem aktuellen Bedarf wird so entsprochen und der Kreis der Geförderten erweitert. Zudem werden die Familienförderungskomponenten verbessert, der Zugang von Bachelorabsolventen zum AFBG wird geschaffen, sowie die Entbürokratisierung der Antragstellung vorangetrieben.

Für das kommende parlamentarische Verfahren haben die Koalitionsparteien bereits vereinbart, dass es weitere Leistungsverbesserungen geben soll: der Maßnahmebeitrag soll höher bezuschusst, der Zuschussanteil zum Unterhaltsbeitrag soll erhöht und der Belohnungserlass weiter ausgebaut werden. Des Weiteren wollen wir noch mehr für kleine Gewerke sowie die Qualitätssicherung der Weiterbildungsmaßnahmen zum Meister, Fachwirt oder Techniker tun.

In den 20 Jahren seit Erlass des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes stellt die Arbeitswelt immer komplexere Anforderungen an die künftigen Fachkräfte. Deshalb wollen wir mit den Verbesserungen beim AFBG den zukünftigen Meister-, Techniker- und Fachwirtschülern eine an die Lebenswirklichkeit angepasste Förderung bieten. Das ist unser Beitrag zu einer modernen Arbeitsmarktpolitik und unterstützt die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung.

Meine Rede im Wortlaut kann [hier nachgelesen werden](#).

Konto für Jedermann



[Diese Woche wurde im Deutschen Bundestag in erster Lesung der Regierungsentwurf des neuen Zahlungskontengesetzes debattiert.](#)

Mit diesem Gesetz wird eine entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Erst mit der nun ins Parlament eingebrachten nationalen Umsetzung der Zahlungskontenrichtlinie wird das Recht für jeden Verbraucher auf Zugang zu einem Basiskonto mit grundlegenden Funktionen verankert – auch für Wohnsitzlose und Flüchtlinge. Nach der Verabschiedung des nun in erster Lesung besprochenen Gesetzesentwurfs, könnten dann alle Kreditinstitute verpflichtet werden, Kontoeröffnungen für wirklich Jede und Jeden zu ermöglichen.

Mit diesem Gesetz wollen wir allen Personen den Zugang zu einem bezahlbaren Girokonto ermöglichen. Das gilt für Flüchtlinge, genauso aber auch für alle anderen Personen, denen dies bisher nicht oder nur schwer möglich war. Ein Konto ist wichtig, um sich zu integrieren, einen Job zu bekommen oder eine Wohnung zu mieten. Trotzdem haben in Deutschland geschätzt fast eine Million Menschen kein eigenes Girokonto, darunter Wohnsitzlose, Saisonarbeiter, freie Dienstleister oder Gaststudenten.

Klausurtagung der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung



Zum Jahresauftakt fand ebenso die Klausurtagung der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dessen ordentliches Mitglied ich bin, statt. Zweimal im Jahr treffen wir uns neben den regulären Arbeitsgruppen-Sitzungen, um für uns besonders wichtige Themen und Vorgehensweisen intensiver zu diskutieren und auf den Weg zu bringen.

Dieses Jahr stand dabei der Forschungsbereich im besonderen Fokus: So tauschten wir uns mit externen Experten zur Exzellenzinitiative sowie dem Pakt für wissenschaftlichen Nachwuchs aus und klärten hier, ob unsere Stoßrichtung die richtige ist. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, die zuletzt im März 2005 erfolgte. Die SPD-Fraktion sowie Gewerkschaften sehen hier Änderungsbedarf, der Gegenstand des Gedankenaustausches war. Dies betrifft zum Beispiel die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität, die Stärkung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Ausbilderinnen und Ausbilder und viele weitere Aspekte.

Netzwerk Berlin-Abend: Tim Renner erklärt den Kulturbegriff neu



Am Donnerstagabend hatten wir den Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin, Tim Renner, zu Gast beim Netzwerk Berlin zum Thema „Ist das Kultur oder kann das weg? – Für einen zeitgemäßen Kulturbegriff“. Tim Renner stellte sich und seinem Publikum die Fragen, wie Kultur zeitgemäß definiert werden kann, inwiefern sozialdemokratische Werte hier eine Rolle spielen, und wie die immer fortschreitende Digitalisierung unser Verständnis von Kultur nachhaltig verändert. Renner sieht es als Notwendigkeit an, dass eine Mischung der Kulturen stattfindet. Des Weiteren ist die fortschreitende Digitalisierung als positiv für Kultur zu verstehen. Die breitflächige Verbreitung von künstlerischem Gut hilft dabei Interesse an Originalen zu wecken und sollte deswegen nicht verboten werden. Aber es sollte nicht vergessen werden, Urheberrechte zu schützen. Schlussendlich sollte das Ziel einer sozialdemokratischen Kulturpolitik sein, einen breiten Zugang zu Kultur zu schaffen, wobei aber auch gleichzeitig die Künstler entsprechend unterstützt und angemessen vergütet werden sollten.

Unser Praktikant Arne Harkensee stellt sich vor



Hallo! Mein Name ist Arne Harkensee, ich bin 24 Jahre alt und habe an der Universität Maastricht studiert. Zurzeit studiere ich an der Universität Aachen. Mein Studium der European Studies hat mir schon eine Menge theoretisches Wissen über europäische und nationale Politik vermittelt. Bücher tun sich nur leider schwer mit dem Näherbringen der Praxis. Deswegen freue ich mich, hier bei Martin Rabanus im Büro und im Bundestag, die Möglichkeit zu erhalten, Eindrücke der täglichen Parlamentsarbeit zu sammeln. Ich bin gespannt, was von Mitte Januar bis Mitte Februar auf mich zukommt!

Mit Praktika Einblicke in die Politik erhalten

Zum Start in das neue Jahr weise ich darauf hin, dass bei mir im Berliner Büro und auch im Wahlkreisbüro die Möglichkeit besteht, Praktika zu absolvieren. Die Praktikantinnen und Praktikanten können so einen Einblick in die Abläufe im Bundestag oder meines Wahlkreisbüros sowie in den Alltag eines Abgeordneten erhalten – und natürlich die Tätigkeiten der Abgeordnetenmitarbeiter kennen lernen und sich auf diese Weise ausprobieren.

Für das Jahr 2016 haben wir im Berliner Büro noch für November und Dezember freie Kapazitäten, im Wahlkreisbüro ab April (ausgenommen Juli/August).

[Mehr Infos zu Art der Praktika sowie welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, gibt es hier.](#)

Ansprechpartnerin für Praktika in Berlin: Maja Dimitroff, Tel.: 030/227 - 77105

Ansprechpartner für Praktika im Wahlkreisbüro: Carsten Sinß, Tel.: 06128/2467 - 11

Pressemitteilungen

13.01.2016

[Martin Rabanus begrüßt Kabinettsbeschluss zum Behindertengleichstellungsgesetz](#)

11.01.2016

[Flexibel, zuverlässig, individuell: Martin Rabanus besucht die Limtronik GmbH in Limburg](#)

08.01.2016

[Happy Birthday, Mindestlohn!](#)

08.01.2016

[Jugendpressetage in Berlin: Hauptstadtjournalismus einmal hautnah miterleben](#)

Termine

15.-16.01.2016

18.00 - Hessengipfel (Friedewald)

17.01.2016

11.00 - Neujahrsempfang Niedernhausen (Austalhalle)

18.01.2016

11.00 - Diskussion an Rheingauschule (Geisenheim)

19.01.2016

12.00 – Kampagneneröffnung Kommunalwahl (Tankstelle Walluf)

13.30 - Infostand (Rewe Kiliansring, Eltville)

15.00 - WLAN-Einweihung (Flüchtlingsunterkunft Eltville)

20.01.2016

10.00 – Besuch Stadtbücherei Bad Camberg

17.00 - Neujahrsempfang Stadt Limburg (Rathaus Limburg)

18.30 - AfB Hessen-Süd (Parteihaus, Frankfurt)

21.01.2016

09.00 - Besuch ENGEL Elektroantriebe GmbH (Walluf)

22.01.2016

18.30 - Neujahrsempfang SPD Wörsdorf & Walsdorf (Feuerwehrgerätehaus Wörsdorf)

Termine in kursiv sind öffentlich